



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

v. Danckelmann: Die Anschlußbewegung der Deutsch-Oesterreicher.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bannt, die die Sicherheit wieder herstellt, die Zahlungsfähigkeit hebt, System in die Valutafrage bringt und endlich die Industrie im Ausland wieder belebt und uns im eigenen Lande damit normale Geschäftsbedingungen schafft.

Wie wir uns auch winden und wenden mögen, um Rückschläge zu vermeiden, die Ereignisse werden uns letzten Endes doch dazu zwingen, die Hauptrolle in irgendeiner Art von „Völkervereinigung“ zu spielen. Die Zeit ist zu kurz, als daß wir ein eigenes derartiges Institut aufstun könnten. Und weshalb auch? Der europäische Völkerbund ist die „etablierte Firma“, bereit, ihre Geschäftsräume zu eröffnen, sobald sie nur unserer Unterstützung sicher ist. Wir können aus ihr machen was wir wollen. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, wenn wir es recht meinen mit dem Frieden da draußen und dem Glück daheim, wir garrnichts schnell genug Anschluß suchen können an der bestehenden Liga der Völker.

Die Anschlußbewegung der Deutsch-Oesterreicher.

Von Prof. Dr. Freiherr v. Danckelmann.

Am 20. Oktober 1848 hielt der der Partei des Weidenbusches angehörige Göttinger Historiker und Abgeordnete Georg Waitz in der Frankfurter Nationalversammlung eine Rede über die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland, in der er unter anderem sagte: „Deutschland hat das wunderbare und traurige Schicksal gehabt, daß es nach allen Seiten hin, ringsherum an seinen Grenzen in einen unklaren, zweifelhaften, vollkommen haltlosen Zustand hineingeraten ist . . . Eben dadurch ist das deutsche Staatsgebäude mehr noch, als es früher war, ein Monstrum geworden, wo sich nirgends scharfe Grenzen ziehen ließen, und wo keiner sagen konnte: Hier ist Deutschland, und da hört es auf. Wir müssen aus diesem Zustande heraus, wir müssen wissen, was zu uns gehört, was mit uns geht. Wir müssen scharfe Grenzen ziehen, um reine Grundlagen zu gewinnen.“ Nachdem Waitz dann auf das Verhältnis Deutschlands zu Limburg, Luxemburg, Schleswig-Holstein und Posen eingegangen ist, fährt er fort: „Oesterreich ist eine der merkwürdigsten Staatenverbindungen, welche die Geschichte jemals aufgewiesen hat, eine Vereinigung von Völkern, Nationalitäten, Sprachen und deren Verhältnissen, wie sich kaum eine ähnliche, wenigstens in der neuen Geschichte zeigt . . . Es ist die Zeit herangefommen, wo die Nationalitäten sich fester und inniger aneinander schließen, wo sie sich staatlich zu konzentrieren suchen . . . Der Meinung bin ich, daß es jedenfalls darauf ankommt, uns klarzumachen, wie das Verhältnis Oesterreichs zu uns sein soll. Und da ist mir nicht erst von gestern die Ueberzeugung gekommen, daß jene österreichische Monarchie nicht mehr, für die Länge wenigstens, nicht mehr Bestand haben wird. Meine Herren! Die Nationalitäten haben sich erhoben in Italien, in Ungarn, es haben sich erhoben die Slawen und zuletzt die Deutschen: sie haben sich erhoben, jede für ihr Recht, für ihre Selbständigkeit, am Ende alle doch im Hinblick auf eigene staatliche Gestaltung. Ich glaube nicht,

daß es gelingen wird, sie wieder zusammenzufassen, sie unter einem andern Gesetz, als unter dem Gesetz der Freiheit zu vereinen . . . Gerade weil ich dieser Ueberzeugung bin, so stelle ich dem entgegen eine Forderung, die unter allen Forderungen am weitesten geht: ich will, daß das, was deutsch ist und deutsch war seit Jahrhunderten von Oesterreich, daß das ganz deutsch bleibe, daß es ganz und völlig dem Gesamtbau mit angehöre, den wir nicht für einen Teil Deutschlands, sondern für das Ganze zu gründen haben." (Stenogr. Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Herausgeg. von Franz Wiegand, IX. Band, Leipzig 1848, S. 2786 u. 2787.)

Was hier Waiz forderte, war insofern von der weittragendsten Bedeutung, als seit 1526 Oesterreich kein eigentlicher Nationalstaat mehr war und als die abgepresngten deutschen Gemeinden in Siebenbürgen von dieser Forderung ausgenommen wurden. Es war damals (1848) so, daß die alten deutschen Erblande nur mit ihren vorgelagerten Ländern bis zur adriatischen Küste einerseits und den Ententeländern anderseits Mitglied des deutschen Bundes waren (von 1815—1866). Und eben diese zum Bunde gehörige Ländermasse forderte Waiz zurück.

Es ist die Forderung wieder in neuester Zeit von Karl Gottfried Hugelmann erhoben worden. Die Schwierigkeit, sie zu erfüllen, liegt in der territorialen Getrenntheit der einzelnen deutsch-österreichischen Gebiete, deren es drei gibt: die Alpenländer mit dem vorgelagerten Wiener Becken, Deutsch-Böhmen und das Sudetenland. Und es hat sich gezeigt, daß die beiden letzteren nicht die Bildung eines tschechoslowakischen Staates verhindern können, da das deutsche Element in ihnen nicht stark genug war. Da entsteht nun die schwerwiegende Frage, ob die Alpenländer mit dem vorgelagerten Wiener Becken volle Befriedigung aller politischen und wirtschaftlichen Wünsche im Anschluß an Deutschland finden werden. Hugelmann verneinte 1919 für dies kleinere Gebiet die Frage und forderte dazu Anschluß Böhmens und der Sudetenländer an Deutschland. In einer Flugschrift der österreichischen national-demokratischen Partei vom 5. Februar 1919 finde ich sie bejaht. Es werden darin S. 5 die wirtschaftlichen Vorteile, die dem alpenländischen Deutsch-Oesterreich durch Anschluß an das Reich erstehen, aufgezählt. Freilich ist kurz vorher eine Erklärung der reichsdeutschen Zeitungen vom 11. Januar angeführt, die auch die Deutschen Böhmens und der Sudetenländer als Mitglieder Deutschlands willkommen heißt.

Und so scheint es, als ob in Deutsch-Oesterreich selbst eine klare Stellung in der Frage, welche Gebiete eigentlich genauer umgrenzt den Einbezug in Deutschlands Landesgrenzen wünschen, noch nicht gefunden wäre. Aber sie muß gefunden werden, da sonst jene Kräfte, die auf die Bildung einer Donauföderation abzielen, gar zu leicht die Oberhand erhalten dürften. Es ist natürlich, daß in Zeiten schwersten wirtschaftlichen Niedergangs, wie sie jetzt Deutsch-Oesterreich durchmacht, meist die finanziellen und Wirtschaftsfragen in den Vordergrund gestellt werden. Da hat denn die österreichische Schwerindustrie in der Anschlußfrage Bedenken vor allem in Hinblick auf die deutsche Konkurrenz, doch mit Unrecht, da sie durchaus leistungsfähig ist. Aber Deutsch-Oesterreich ist zum größten Teil Ackerbau land. Da ist es denn wichtig, daß gerade der Landwirtschaft durch den Anschluß ganz bedeutende Vorteile erwachsen dürften. Sicher

wird die österreichische Industrie auch weiterhin den Agrarier mit Maschinen versehen, aber sie ist doch nicht imstande, jede Einfuhr von außen zu ersetzen. Welche Vorteile winken der österreichischen Landwirtschaft bei zollfreier Einfuhr von Maschinen und künstlichem Dünger!

Doch es scheint mir, als ob die Frage der wirtschaftlichen Vorteile, so wichtig sie augenblicklich für Deutsch-Österreich im engeren Sinne (Alpenländer und Wiener Becken) ist, nicht von entscheidender Bedeutung sein darf. Man hat wohl vor dem Weltkriege und während desselben von dem idealen Freundschaftsbunde viel gesprochen, der uns mit Oesterreich verbände, und das Wort Riblungentreue war uns keine leere Phrase. Aber wir bedachten nicht, daß Oesterreich nur zum kleinsten Teile ein deutscher Staat war. Die Enttäuschung, die sich schon während des Krieges einstellte, entsprang dieser Unkenntnis oder besser diesem Nichtwissenwollen, denn der einfache Tatsache von dem internationalen Charakter des österreichischen Staates war sich jeder nur einigermaßen Gebildete bewußt. Bei alledem lag doch eine große Idee vor, die der völkischen Solidarität, insofern, als das deutsche Element in Oesterreich-Ungarn das führende zu sein schien. Diesem Gedanken hatte Bismarck in Nikolsburg durch die Tat Ausdruck verliehen, sie bildete die Grundlage für den Dreibund.

Man spricht jetzt in der Politik so gern von Imponderabilien, d. h. unwägbareren Tatsachen. In der Tat handelt es sich da in den meisten Fällen um Verlegenheitsprodukte. Für den klarblickenden Staatsmann gibt es im wesentlichen nur eine Welt der Tatsachen, die in ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander zu erkennen allerdings nicht immer leicht ist. Zu diesen Tatsachen gehört es auch, daß jenseits des Inn und der Salza bis über die March hinaus, im Süden bis zum Brenner und im Westen bis zum Bodensee reichend, ein Land liegt, das altes deutsches Stammland ist, weit mehr als etwa Ostpreußen. Schon zu Zeiten Marc Aurels war es von germanischen Völkern erfüllt, Langobarden und Gepiden haben es bewohnt, und durch Jahrhunderte bildete dieses Gebiet den festen Wall gegen das Anstürmen der Türken. Wenn überhaupt das Wort von der Selbstbestimmung einen Sinn haben soll, so ist es hier der Fall. Deutsch-Österreich im engeren Sinne gehört zum Deutschen Reiche auf Grund seiner Geschichte, auf Grund seiner deutschen Bevölkerung.

In diesem Sinne ist es vielleicht besser, nicht von einem Anschluß, sondern von einer Eingliederung Deutsch-Österreichs zu sprechen. Und man darf es sagen, daß eine solche von der Mehrzahl der Deutsch-Österreicher gewünscht wird. Wie aber kann sie praktisch durchgeführt werden? Zwei Wege bieten sich. Einmal handelt es sich darum, alle politischen Ereignisse zu prüfen, ob sie gegen die Anschlußbewegung gerichtet sind. Da gilt es vor allem, gegen jene Pläne, die auf Gründung eines Donaufstaates abzielen, zu kämpfen. Aber noch schwerer als dieser Kampf ist der gegen eine Regierung, die nicht abgeneigt ist, aus wirtschaftlichen Gründen und um Oesterreich vor dem völligen finanziellen Zusammenbruch zu retten, ihr Land der Entente auszuliefern. Weil die Not eine nachgerade beispiellose Höhe erreicht hat, deshalb sind weite Kreise der Bevölkerung teilnahmslos und lassen, wenn auch mit Widerstreben, die Regierung, die ihnen Errettung aus dem Elend verspricht, gewähren. Nur so ist es zu verstehen, daß das Abkommen von Lana überhaupt möglich war, nur so, daß Oesterreich Kredite annahm und annimmt, die es an eine dem Anschlußwillen

entgegengesetzte Richtung binden. Aber es ist doch zu bemerken, daß es sich hier um eine Augenblickspolitik handelt, die nicht der wahren Meinung des Volkes entspricht. Und selbst die Wirtschaftskreise Oesterreichs durchdringen sich immer mehr mit dem Gedanken, ökonomisch den künftigen Anschluß an Deutschland vorzubereiten.

Wir haben festgestellt, daß zwei Tendenzen in Oesterreich auf die Eingliederung in Deutschland sich geltend machen: 1. eine mehr ideelle, die die Bekämpfung der Bildung einer Donaumonarchie sich zur Aufgabe macht, 2. eine wirtschaftliche, die den ökonomischen Anschluß vorbereitet.

Welches aber sind nun die Träger dieser Tendenzen? Wir sahen, daß sie nicht in der Regierung zu suchen sind. Sie konzentrieren sich in politischen und privaten Vereinigungen. Von ganz besonderer Bedeutung ist da die großdeutsche Volkspartei. Sie stellt eine Zusammenfassung aller nationalpolitischen Bestrebungen dar. Von Privatvereinen, die den Anschluß energisch fordern, wäre vor allen Dingen der alldeutsche Verband zu nennen, ferner die „deutsche Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Sitz in Wien, die „Große Arbeitsgemeinschaft“, welche eine Zusammenfassung sämtlicher nationaler und völkischer Verbände Oesterreichs darstellt, und die von dem deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund ins Leben gerufen wurden. Außer den genannten gibt es noch eine große Reihe von Organisationen, die sich ebenfalls ganz und voll für den Anschluß einsetzen, wie es kaum eine politische Partei und kaum einen völkischen Verein gibt, der nicht die Eingliederung in das Reich zum Ziel hätte.

Unter dem Druck dieser nationalen Bewegungen sind schon eine Reihe von Gesetzen zustande gekommen, die den Anschluß vorbereiten, so auf dem Gebiete des Schulwesens und auf dem der Rechtspflegung. Voll auswirken aber wird sie sich erst dann, wenn die wirtschaftliche Not aufhört und die Regierung ihre Politik ändert, der es an großen Zielen fehlt.

Der Bundespräsident Dr. Michael Hainisch, ursprünglich sozialistischer Philosoph, scheidet politisch ganz aus. Etwas anderes ist es mit dem Leiter der Regierungspolitik Dr. Schober. Die wirtschaftlichen Sorgen überwiegen aber bei ihm alles, und er stellt die Politik nur auf die Monatsereignisse ein. Ähnliches ist leider auch von dem Finanzminister Dr. Gurtler, Mitglied der christlich-sozialen Partei und ehemaligen Universitätsprofessor in Graz, zu sagen. Von dieser Seite ist also augenblicklich nichts zu erwarten.

Aber auch von den Parteiführern sind nur wenige, die wirklich energisch den Anschluß erstreben, so sehr er von den meisten Parteimitgliedern gewünscht wird. Am rührigsten hat sich bisher der Führer der großdeutschen Volkspartei, Präsident Dinghofer, gezeigt.

Aber wenn auch Regierung und Parteiführer die Frage des Anschlusses an Deutschland gar nicht oder nur teilweise betreiben, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß die allgemeine Stimmung dagegen ist.

Wir aber wollen von den österreichischen Stammesbrüdern, so weit sie mit klarer Einsicht die Eingliederung in das Reich erstreben, erhoffen, daß sie die Angelegenheit nicht ruhen lassen, daß sie eine energische Propaganda treiben, daß sie immer wieder der Regierung ihren ernstesten Willen zum Anschluß zu erkennen geben, daß sie nicht müde werden, ihre Stimmen in der Presse, auch in der reichsdeutschen, zu erheben. Sie wissen, daß sie herzlich bei uns willkommen sind ohne jeden Hintergedanken, aber die Tat

muß von ihnen ausgehen. Denn nur ein freiwilliges, aus tiefster, innerster Ueberzeugung herrührendes Anschlußbedürfnis wird Glauben auch bei den ehemaligen Feinden finden. Was deutsch ist, muß zusammenkommen, so weit es geographisch zusammengehört.

Deutschlands Wasserstraßenverkehr vor einer Wendung.

Von Franz Woas.

Auch die Seehäfen nähme man uns gern. Und man hat sie uns auch zum Teil genommen; denn der Friedensvertrag verbietet uns ermäßigte Frachtsätze der Eisenbahnen für sie. Was ist das aber anderes, als eine teilweise Wegnahme? Was wunder, wenn sich Deutschland da anders zu helfen sucht! In der Verbesserung der Wasserstraßen liegt die ersehnte Hilfe; und es wird das eine tatsächliche, keine künstliche Hilfe wie bei den ermäßigten Frachtsätzen, da solche Ermäßigung doch nur auf Kosten des allgemeinen Verkehrs möglich war; denn die Wasserstraßen führen an sich, auf dem natürlichen Wege, die Ermäßigung herbei.

Freilich kann man den Eisenbahnweg nicht durchweg und ohne weiteres durch einen gleichlaufenden Wasserweg ersetzen. So einfach liegen die Dinge nicht. Vielmehr gibt es eine Umgestaltung; aus geraden Linien werden unter Umständen Zickzackwege werden. Ja, noch mehr: es kann wohl sein, daß sich unter dem Druck der neuen Verhältnisse ansehnliche Verschiebungen im Verkehr einstellen; ganze große Industriegebiete können in der bisherigen Gunst der Lage bedroht werden; vielleicht muß der gesamte Verkehr Deutschlands mit seinen Nachbarländern und dem weiteren Auslande eine völlig andere Richtung annehmen.

Daß sich bei mehreren der neuen Kanäle immer alles um die Donau dreht, gibt zu denken. Sollte eine Schwentung des Verkehrs im Wege sein? Ein Verlassen der alten Richtung nach den europäischen Nordhäfen zugunsten des Donauweges, der ja noch viel älter ist?

In Bremen, Hamburg, Lübeck scheint das niemand weiter zu fürchten; denn von dort aus unterstützt man die neuen Kanalpläne auch soweit, als sie an die Donau anknüpfen. Mit Fug und Recht! Denn schließlich, bedeutet das für alle diese Häfen nicht eine großartige Erweiterung ihres Hinterlandes? Bis an den Fuß der Alpen wird es damit ausgedehnt. Und wenn zugleich auch — dank der Donau — für Deutschland ein neues Seetor am Schwarzen Meere aufgestoßen werden sollte, was tut's? Um so kraftvoller wird sich dann im deutschen Binnenlande der Verkehr entwickeln, um dann, je nach Wahl, nordwärts oder südwärts zu gehen.

Eine unmittelbare Gefahr droht also den großen deutschen Seehäfen von der Donau her gewiß nicht. Immerhin ist es für sie von Bedeutung, in welcher Art das neue Kanalnetz, das in der Entwicklung begriffen ist, zur Durchführung kommt; und mit den deutschen Seehäfen ist auch ganz Deutschlands aufs stärkste an dieser Frage beteiligt; denn sein ganzes Wohl und Wehe hängt davon ab, daß die Häfen so rasch wie nur möglich zum mindesten auf den alten Stand kommen. Den Luxus, den sich Deutschland früher erlaubt hat,